**Neufassung der
Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren
der Stadt Grünstadt
– Friedhofsgebührensatzung –
vom 28.03.2023**

Der Stadtrat hat auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) und der §§ 2 Abs. 1, 7 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

INHALTSÜBERSICHT:

§ 1 Gebührenpflicht.....	1
§ 2 Bemessungsgrundlage.....	1
§ 3 Gebührenschuldner.....	1
§ 4 Entstehung, Fälligkeit und Beitreibung der Gebührenschuld.....	2
§ 5 Stundung, Niederschlagung oder Erlass von Gebühren.....	2
§ 6 Inkrafttreten.....	2
Friedhofsgebühren der Stadt Grünstadt	2
I. Gebühren für die Überlassung von Grabstätten zur Nutzung	2
II. Gebühren für Ausheben und Schließen der Grabstätten, Beisetzungen.....	3
III. Gebühren für Ausgraben und Umbetten von Leichen und Aschen.....	3
IV. Gebühren für die Nutzung der Friedhofseinrichtungen.....	3

§ 1 Gebührenpflicht

(1) Für die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Bestattungseinrichtungen sowie für die Inanspruchnahme sonstiger Leistungen der Friedhofsverwaltung werden von der Stadt Grünstadt Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung erhoben, die in einem Gebührentarif festgesetzt sind.

(2) Der Gebührentarif ist Bestandteil dieser Satzung. Für im Gebührentarif nicht aufgeführte Sonderleistungen kann die Gemeinde gesonderte Vereinbarungen über die Erstattung der tatsächlich entstandenen Kosten schließen.

§ 2 Bemessungsgrundlage

Die Gebührenerhebung für die Benutzung der gemeindlichen Bestattungseinrichtungen erfolgt unter Berücksichtigung des Ausmaßes der Benutzung im Einzelnen, des Wertes der Leistung für den Empfänger und der von der Gemeinde aufgewendeten Kosten.

§ 3 Gebührenschuldner

(1) Gebührenschuldner ist, wer

- a) ein Nutzungsrecht an einer Grabstätte erwirbt,
- b) eine Bestattung in einer Grabstätte in Auftrag gibt,
- c) Einrichtungen des Friedhofs benutzt,
- d) eine sonstige Leistung der Friedhofsverwaltung in Anspruch nimmt,
- e) wer die Gebührenschuld durch eine vor der Friedhofsverwaltung abgegebenen oder ihr mitgeteilten Erklärung übernommen hat.

(2) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Entstehung, Fälligkeit und Beitreibung der Gebührenschuld

(1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Überlassung von Nutzungsrechten bzw. der Inanspruchnahme einer Leistung im Sinne des § 2. Abweichend hiervon entsteht die Gebührenpflicht bei Umbettungen mit deren Zustimmung nach § 11 Abs. 2 Satz 1 der Friedhofssatzung

(2) Die Gebühren werden 14 Tage nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig, Gebühren für Umbettungen werden mit Zugang des Gebührenbescheides fällig.

(3) Die Gemeinde ist berechtigt, Vorschusszahlungen auf die zu erwartende Gebührenschuld zu erheben.

(4) Rückständige Gebühren unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren.

§ 5 Stundung, Niederschlagung oder Erlass von Gebühren

Festgesetzte Gebühren können nach den für öffentliche Abgaben geltenden Vorschriften gestundet, niedergeschlagen oder erlassen werden.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt einen Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung vom 28.04.2010 außer Kraft.

Friedhofsgebühren der Stadt Grünstadt

I. Gebühren für die Überlassung von Grabstätten zur Nutzung		
1. Gebühren für die Überlassung u. den Wiedererwerb von Grabstätten für 15 Jahre Nutzungsdauer		
Grabart	Gebührensatz pro Jahr der Nutzung	Gebührensatz insgesamt
a) für Kinder bis zum vollendeten 17. Lebensjahr / Grabstätten im Regenbogenfeld	-	1,00 EUR
b) Sargwahlgrabstätten (eine Grabstelle)	76,67 EUR	1.150,00 EUR
c) Sargwahlgrabstätten (eine Stelle), Tiefgrab	110,00 EUR	1.650,00 EUR
d) Sargwahlgrabstätten (zwei Grabstellen)	140,00 EUR	2.100,00 EUR
e) Sargwahlgrabstätten (zwei Stellen), Tiefgrab	173,33 EUR	2.600,00 EUR
f) Sargwahlgrabstätten (drei, vier oder fünf Grabstellen)	203,33 EUR	3.050,00 EUR
g) Sargwahlgrabstätten (drei Stellen), Tiefgrab	236,67 EUR	3.550,00 EUR
h) Sargreihengrabstätten	60,00 EUR	900,00 EUR
i) Urnenwahlgrabstätten	80,00 EUR	1.200,00 EUR
j) Wiesenurnengrabstätten mit Urnenerd-kammer	140,00 EUR	2.100,00 EUR
k) Wiesenurnengrabstätten ohne Urnenkammer	126,67 EUR	1.900,00 EUR
l) anonymen Urnengrabstätten	140,00 EUR	2.100,00 EUR
2. Gebühren für die Verlängerung des Nutzungsrechts an Grabstätten		
Je Jahr der Verlängerung des Nutzungsrechts wird der unter 1.) genannte Jahresbetrag festgesetzt. Die Regelungen zur Verlängerbarkeit ergeben sich aus der Friedhofssatzung der Stadt Grünstadt.		

II. Gebühren für Ausheben und Schließen der Grabstätten, Beisetzungen	
1. Bei Sarggrabstätten	1.400,00 EUR
2. Bei Sarggrabstätten (Tiefenbestattung)	1.900,00 EUR
3. Bei Kindergrabstätten / Grabstätten im Regenbogenfeld	900,00 EUR
4. Bei Urnengrabstätten	500,00 EUR
5. Bei Urnengrabstätten (Urnenerdkammer)	300,00 EUR
III. Gebühren für Ausgraben und Umbetten von Leichen und Aschen	
1. Ausbetten/Überführung Sarg auf anderen Friedhof	1.700,00 EUR
2. Ausbetten/Überführung Urne auf anderen Friedhof	600,00 EUR
3. Umbetten Sarg auf demselben Friedhof	3.200,00 EUR
4. Umbetten Urne auf demselben Friedhof	1.000,00 EUR
IV. Gebühren für die Nutzung der Friedhofseinrichtungen	
1. für die Benutzung der Leichenhalle/Trauerhalle (je Tag)	
a) Friedhof in Sausenheim	110,00 EUR
b) Friedhof in Asselheim	90,00 EUR
c) Friedhof in Grünstadt	130,00 EUR
2. Aufbewahrung Sarg jeder weitere Tag	25,00 EUR
3. Aufbewahrung Urne für jeden weiteren Tag	20,00 EUR
4. Nutzung Kühlzelle (je Tag)	25,00 EUR
5. Vorhaltegebühr Trauerhalle (je Beisetzung)	55,00 EUR

Hinweis gemäß § 24 Absatz 6 der Gemeindeordnung:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind oder

2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Stadtverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Grünstadt, den 28.03.2023
STADTVERWALTUNG GRÜNSTADT

gez. Klaus Wagner
(Wagner)
Bürgermeister